

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 04/2008

FINANZWELT OHNE WERTE IN DER KRISE

Lange schien die Schweiz auf staatliche Rettungsmassnahmen für den Bankensektor verzichten zu können. Am 16. Oktober haben Nationalbank, Bundesrat und Bankenkommision mit einem 60-Milliarden-Paket überrascht. Der Versuch einer Einordnung.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Die Bankenkrise hat auch die Schweiz erfasst. Nachfolgend einige Thesen als Versuch zur Einordnung.

Zum aktuellen Rettungsplan des Bundes

Die UBS ist nicht die Swissair: im Gegensatz zur Swissair musste der Bund die UBS nicht vor dem Konkurs retten. Das Rettungspaket soll die Grossbank wieder vertrauens- und kreditwürdig machen.

Der Bund wird Gewinn machen: für die 6-Milliarden-Beteiligung an der UBS erhält der Bund während der nächsten 30 Monate insgesamt 1.9 Milliarden an Zins. Später wird er die Aktien verkaufen können – beruhigt sich das internationale Finanzsystem stehen die Chancen gut, dass er dafür wiederum 6 Milliarden Franken erhalten wird. Kurzfristig steigen die Bundesschulden aber um 6 Milliarden Franken an. Ein Ausgleich über Haushaltüberschüsse, wie vom Bund behauptet, ist nicht möglich.

Die Nationalbank wird Verlust machen: die UBS kann faule Kredite und Wertpapiere zum Buchwert von maximal 60 Milliarden Dollar an eine Zweckgesellschaft übertragen, welche zu 90 Prozent von der Nationalbank und zu 10 Prozent

von der UBS finanziert wird. Kann die Zweckgesellschaft diese Papiere irgendwann wieder zu ihrem vollen Wert verkaufen, erhält die Nationalbank ihren 54-Milliardenanteil mit Zinsen und Gewinnbeteiligung zurück. Auf dem Markt werden diese Papiere momentan aber bloss zu 10 bis 20 Prozent ihres Werts gehandelt und die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass die Nationalbank einen beträchtlichen Teil dieser 54 Milliarden Dollar wird abschreiben müssen.

Diese Rechnung bezahlen wir alle: Die Nationalbank kann dies auf drei Arten tun: a) sie streicht oder reduziert die Gewinnausschüttungen an Bund und Kantone auf Jahre hinaus, b) sie verringert ihre Währungsreserven (aktuell rund 80 Milliarden Franken) oder c) sie bedient sich an der Notenpresse und erhöht die Geldmenge entsprechend. Egal welchen Weg sie wählt, am Schluss bezahlen wir alle die Rechnung.

Das Risiko der öffentlichen Hand ist begrenzt: die Rettungspakete im übrigen Europa garantieren, stützen und sichern teilweise praktisch unbegrenzt. Das ist beim Paket des Bundes zum Glück nicht so.

Die UBS wird stabilisiert: die UBS kann ihre hochriskanten Positionen dank dem Rettungspaket von 41 auf 10 Milliarden Dollar reduzieren. Angesichts der unbestrittenen Bedeutung der UBS für die Schweizer Volkswirtschaft (Finanzierung

von KMU, Wertschöpfung des Bankensektors, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen) ist das zu begrüssen.

Zu den Ursachen der Finanzkrise

Zu billiges Geld: Die Chefs der Notenbanken, allen voran Alan Greenspan, haben die Finanzmärkte seit Jahren mit zu billigem Geld gespiesen und so die amerikanische Immobilienblase erst ermöglicht.

Kreditwirtschaft ausser Rand und Band: Getrieben von Gewinnaussichten und Verkaufsvorgaben wurden in den USA Hypotheken an Menschen vergeben, die weder über das nötige Vermögen noch entsprechende Einkommen verfügten. So etwas kann gar nicht gut gehen.

Überbordende Konsumgesellschaft: Oft genug wird die Konsumentenstimmung beschwört, die ja nicht einbrechen dürfe, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Nun haben die Menschen in den USA tatsächlich auf Teufel komm raus konsumiert – oft im irrigen Glauben, das Geld für die Zinsen dann schon irgendwie aufbringen zu können.

Fehlende staatliche Regulierung: viele Finanzdienstleister unterstehen keiner staatlichen Aufsicht, Banken gründen Spezialgesellschaften ausserhalb der eigenen Bilanz, um ungehindert riskante Geschäfte tätigen zu können.

Verschleierte und ausgelagerte Risiken: Mittels Verbriefung wurden die Kredite zerstückelt, neu gemischt und an andere Investoren weiterverkauft, welche sich blind auf die Gütesiegel der Ratingagenturen verlassen haben. Die Prüfung eines Kreditrisikos gehört aber zu den Kernaufgaben einer Bank.

Fehlendes Vertrauen: weil niemand weiss, wer wieviele faule Kredite und Papiere in den Büchern hat, trauen sich die Banken gegenseitig nicht mehr über den Weg und leihen sich kein Geld mehr aus.

Ausblick und Forderungen

Als mögliche Forderungen stehen für die EVP im Vordergrund:

Mehr Sicherheiten für die Nationalbank: die SNB muss zusätzliche Sicherheiten von der UBS für ihren 54-Milliarden-Anteil erhalten. Es stellt sich die Frage, ob die SNB solche Engagements ohne politische Kontrolle eingehen können soll.

Verschärfte Regulierung für den Bankensektor: aufgeblasene Bilanzen und riskante Geschäfte ausserhalb der Bilanz sind zu untersagen, die Eigenkapitalquote zu erhöhen.

Rückkehr zu einer verantwortungsvollen Wirtschaft: das schnelle Geld hat die falschen Leute an die Spitze gebracht. Anreizstrukturen und Entschädigungen sind so festzulegen, dass das langfristige, nachhaltige Denken belohnt wird.

Rückgriff auf Boni: bei grobem Verschulden oder schlechtem Geschäftsgang soll auf die Boni der Topmanager zurückgegriffen werden können.

Stärkung der Aktionärsrechte: die Aktionäre sollen den Lohn des Verwaltungsrates und der obersten Kader mitbestimmen können – wie es die von der EVP unterstützte Abzockerinitiative verlangt.

Finanz- oder Wertekrise?

Es ist kein Geheimnis mehr: der Finanzwelt fehlt es an Werten. Gier und kurzfristiges Gewinnstreben haben zum Zusammenbruch angesehener Banken geführt. Nun rufen Globalisierungsapostel und Neoliberale als Erste nach staatlichen Eingriffen, um ihre Einsätze zu retten.

Das Los der Menschheit scheint urplötzlich von raschen Entscheidungen einiger weniger Manager und Politiker abzuhängen. Absolute Priorität, sagt man uns, haben nun die Finanzen des Planeten; alles andere muss warten. Wir ahnen schon, wer die Rechnung schlussendlich zu bezahlen hat...

Was für ein Gegensatz zu den Werten, für welche die EVP seit ihrer Gründung einsteht: Glaubwürdigkeit, Nachhaltigkeit, Verantwortung, Selbstbeschränkung, um nur einige zu nennen (vgl. www.lebenswerte.ch). Haben Sie es auch gemerkt? Politiker und Ökonomen aller Couleur beginnen diese Werte zu betonen, im Versuch, solche Krisen in Zukunft abzuwenden. Oft höre ich, die Ideen der EVP seien unserer Zeit voraus: reden wir ruhig davon!

Als Christen bringen wir eine Perspektive mit, welche weit über die nächsten Quartalsabschlüsse und Börsenindizes hinausgeht. Ich wünsche mir, dass unsere Umwelt durch unser persönliches Engagement verändert wird, auf welcher Ebene auch immer. Machen Sie mit?



François Bachmann,
Vizepräsident der EVP Schweiz und
Co-Präsident der EVP Kanton Waadt

«Die Reichen haben die Flexibilisierung schon lange. Nun wollen wir Büezer sie auch, halleluja.»

An Kürze und Würze kaum zu überbietendes Votum von Rolf Strasser an der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 23. August in Schaffhausen zur Volksinitiative «Für ein flexibles Rentenalter».

«Die Armee funktioniert besser als dieses Parlament.»

EVP-Nationalrat Walter Donzé (Frutigen BE) in der Armeedebatte während der Herbstsession.

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 23. August in Schaffhausen für die Abstimmung vom 30. November 2008:

Hanfinitiative	NEIN
Änderung des Betäubungsmittelgesetzes	JA
AHV-Initiative «für ein flexibles Rentenalter»	JA
Volksinitiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern	NEIN
Volksinitiative zur Schwächung des Verbandsbeschwerderechts	NEIN

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2009 fürs «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist das «akzente» im Zentralbeitrag inbegriffen; dennoch steht es Ihnen selbstverständlich frei, das «akzente» auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

INHALT

AHV-Initiative: Flexibilisierung vor Finanzierungsfrage	4
Verbandsbeschwerderecht: Bewährtes Instrument muss erhalten bleiben	5
Herbstsession im Rückblick: Schwerpunkte der EVP	6
EVP-Wahlherbst 2008: Guter Jahrgang, wenn auch nicht berauschend	7

LEBENSINN AUFZEIGEN

Rolf Dietiker, Generalsekretär des VCRD und EVP-Mitglied, beobachtet die Schweizer Drogenpolitik seit 20 Jahren. akzente hat mit ihm über das Betäubungsmittelgesetz und die Hanfinitiative gesprochen.

VON NIKLAUS HARI,

Rolf Dietiker, Du arbeitest je zu 50 Prozent als Leiter Wohnbereich im Christuszentrum Altstetten und in Bern als Generalsekretär des Vereins christlicher Fachleute im Rehabilitations- und Drogenbereich (VCRD).

Ich schätze beides: die Praxisnähe im Christuszentrum und die Verbandsarbeit im VCRD. Als Fachverband fördern wir die Aus- und Weiterbildung von Menschen im Rehabilitations- und Drogenbereich, beraten Institutionen und Fachkräfte und vernetzen diese landesweit.

Im Haus Spalen hast Du ab 1994 ein damals neuartiges Betreuungsangebot für akut Drogenabhängige mitaufgebaut. Wie hat sich die nationale Suchtpolitik seither verändert?

Die moderne Drogenpolitik der letzten Jahre hat viel zum Guten gewendet. Gleichzeitig droht mit der Professionalisierung die Gefahr, dass die Nähe zu den Betroffenen verloren geht und die Suchtprobleme nur noch verwaltet, statt an der Wurzel gepackt und gelöst werden.

Früher konnte man beispielsweise mit der Polizei verhandeln und vereinbaren, dass eine aufgegriffene Person zwei Nächte auf dem Posten festgehalten wird. So ein Denkkettel hat Eindruck gemacht. Das wäre heute nicht mehr möglich: ohne ein laufendes Verfahren darf das Polizei nicht mehr.

Wie packt man denn das Problem eines Suchtkranken an der Wurzel?

Man darf sich nicht scheuen, den Weg mit den Drogenabhängigen zu gehen und mit ihnen den tieferen Sinn ihres Lebens zu suchen. Die Verwaltung des Problems allein motiviert nie genug zum Ausstieg aus der Sucht. In christlichen Institutionen findet diese Auseinandersetzung mit den Menschen noch



Rolf Dietiker.

am ehesten statt. Dabei ist es wie überall: die Arbeit steht und fällt mit den beteiligten Personen, ohne engagierte Fachleute geht es nicht.

In den nationalen Gremien fragen wir immer wieder: Was ist das Ziel, der Sinn der ganzen Arbeit? Da klafft bei den grossen Verbänden oft eine gähnende Leere und Antwortlosigkeit. Vielleicht findet jetzt ein Umdenken statt: es braucht den menschlichen Bezug zu den Suchtkranken, die fachliche Arbeit allein genügt nicht.

Kommen wir zur Hanfinitiative, welche den Cannabiskonsum für Erwachsene legalisieren will.

Der VCRD hat sich immer für eine Entkriminalisierung der Konsumenten ausgesprochen. Anstelle eines aufwändigen Strafverfahrens, welches auch beim Kiffen eingeleitet werden müsste, könnte man mit Ordnungsbussen Entlastung schaffen. Diese Bussen können rasch

ausgesprochen werden, ziehen kein Strafverfahren nach sich, sind also viel geeigneter und wirken abschreckend. Diese Thematik müssen wir unabhängig von der Initiative angehen.

Würden all die in der Initiative schlecht beschriebenen Jugendschutzmassnahmen wirklich funktionieren und in der Realität richtig angewandt, könnte der VCRD sogar hinter der Initiative stehen. Doch mit der Legalisierung allein vermitteln wir eine falsche Botschaft: die Jugendlichen bekämen das Gefühl, Kiffen sei ungefährlich. Vergessen wir nicht, dass der THC-Gehalt der hochgezüchteten Pflanzen in den letzten Jahren massiv gestiegen ist.

Wie stehst Du zum Betäubungsmittelgesetz?

Eigentlich wollen Befürworter und Gegner dasselbe: eine möglichst drogenfreie Gesellschaft. Doch während erstere die Säulen Prävention, Therapie und Überlebenshilfe betonen, setzen letztere vor allem auf die Repression. In der Praxis werden die vier Säulen ausgewogen angewendet: es braucht eben wirklich alle vier. Gewisse Dinge haben sich in der Praxis etabliert und werden im neuen Gesetz verankert: Das ist ein Gewinn. Auch dass die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wenigstens ansatzweise angesprochen wird, ist gut. Für den VCRD fängt die Arbeit erst an: wenn es darum geht, das Gesetz mit den Verordnungen und kantonalen Vorschriften umzuset-

zen. Da wollen wir uns einbringen.

Für Skepsis sorgt die Heroinabgabe.

Die Einstiegshürden für die Heroinabgabe sind hoch: es werden nur Schwerststüchtige zugelassen, bei denen alle anderen Bemühungen versagt haben. Dank der ärztlichen Verschreibung von Heroin verbessert sich das Leben dieser Menschen wesentlich: sie können selber wohnen, Beschaffungsstress und -kriminalität entfallen. Gleichzeitig müssen sie sich regelmässig bei ihrem Sozialarbeiter melden.

Ein Problem ist der Nebenkonsum weiterer Drogen; auch bei der Methadonabgabe: den bekommt man nur in den Griff, wenn man die Leute kennt und eng begleitet. Dann kann man sie kontrollieren und den Nebenkonsum thematisieren.

Mit dem neuen Gesetz kann die Heroinabgabe auf weitere Substanzen ausgeweitet werden.

Als Beispiel wird immer das Kokain genannt. Doch fachlich ist eine Ausweitung auf Kokain sehr umstritten und fast nicht zu rechtfertigen: ich kann mir nicht vorstellen, dass das kommt.

Immer wieder muss ich feststellen, dass die Gegner der Heroinabgabe diese Projekte kaum kennen. Nach wie vor dürfen nur Ärzte Heroin verschreiben. Oft ist bei diesem Gespräch ein Sozialarbeiter dabei, der Themen wie Abstinenz oder Autonomie einbringen kann.

Ich habe Vertrauen in diese Leute und will ihnen nicht von vornherein unterstellen, dass sie schlecht arbeiten. Klar passieren Missbräuche und Fehler. Wichtig ist, dass die Verantwortlichen nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten und stets versuchen, die Betroffenen zu weiteren Schritten anzuleiten. Das Ziel muss ein selbstbestimmtes Leben ohne Drogen sein.

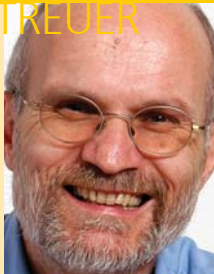
Rolf Dietiker, 46

verheiratet, drei Kinder

Kirche: Minoritätsgemeinde Aarau

Beruf: Generalsekretär des VCRD, Leiter Wohnbereich im Christuszentrum Zürich Altstetten

Hobbys: Aktivitäten mit der Familie in der Natur: Wandern, Klettern, Mountainbike



Christliche Würste

Zur Zeit gestalte ich bei Radio LifeChannel (ERF Medien) in der Sendung Zoom eine Serie mit evangelikalen Christen, die in unterschiedlichen Parteien politisieren. Die Fragen sind für alle (fast) dieselben. Die unterschiedlichen Antworten zeigen, wie unterschiedlich Christen politische Fragen angehen können. Eine meiner Fragen heisst: Gibt es eine christliche Politik? Eine Fangfrage, ich gebe es zu. Es gebe keine christliche Politik sondern nur Christen, die politisieren, so heisst die häufigste Antwort.

Das sehe ich anders. Ich bin der Meinung, dass es eine christliche Politik gibt. Wie auch christliche Musik, christliche Metzger und christliche Strassen. Mit der vorschnellen Zurückweisung dieses Anspruchs unterstellen wir, dass christliche Politik etwas Beliebiges sei. Und wir gehen der Diskussion um christliche Werte, eine christliche Kultur – im Sinne des Umgangs miteinander – und um gemeinsame christliche Strategien in der Politik aus dem Weg. Dass es auch nach dieser Diskussion noch ein Meinungsspektrum geben kann, sei hier nicht bestritten. Aber das Spektrum ist nicht beliebig breit und hat eine klare Mitte.

Nur schon deshalb gefallen mir die Diskussionen am überparteilichen Politseminar über Pfingsten in Moscia. Da geschieht dieses Ringen um christliche Politik jedes Jahr neu. Es ist lustvoll, anstrengend und notwendig.

Hanspeter Schmutz
Leiter von INSIST, dem Institut für integriertes Christsein, ganzheitliche Spiritualität und werteorientierte Transformation
www.insist.ch

KEIN AUFSCHUB FÜR DIE FLEXIBILISIERUNG

Die EVP bejaht die Volksinitiative «für ein flexibles Rentenalter». Sie ermöglicht endlich auch einkommensschwachen Schichten eine flexible Pensionierung.

VON HEINER STUDER,
PRÄSIDENT EVP SCHWEIZ

Die Volksinitiative «für ein flexibles Rentenalter» will es einem grossen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ermöglichen, zwischen 62 und 65 Jahren die ungekürzte AHV-Rente zu beziehen. Der Wunsch nach einer sozial abgedeckten Flexibilisierung des AHV-Alters hat eine lange Vorgeschichte: schon bei der Beratung der 11. AHV-Revision haben wir damalige EVP-Nationalräte dafür gekämpft. Nachdem das Parlament dieses Anliegen schliesslich gekippt hatte, engagierte sich die EVP für ein Nein zur unzeitgemässen Vorlage. Das Nein des Volkes zur AHV-Revision im Mai 2004 war so zu interpretieren, dass weit-

herum die Auffassung besteht, eine echte Flexibilisierung sei nötig und richtig. Ein EVP-Vorstoss, eingereicht vom Schreibenden, schlug ein sinnvolles Modell für eine Flexibilisierung vor. Diese Motion wurde, in ein Postulat umgewandelt, zur ernsthaften Prüfung an den Bundesrat überwiesen

Finanzielle Folgen unsicher

Bei der Neuauflage der 11. AHV-Revision fehlte es nicht an sinnvollen Vorschlägen für ein flexibles Rentenalter. Auch die Bereitschaft der Kreise hinter der jetzt vorliegenden AHV-Initiative, ihr Begehren zugunsten einer tragfähigen Kompromisslösung zurückzuziehen, war ein Zeichen zugunsten einer breit abgestützten Vorlage. Leider gab es für keine Variante eine parla-

mentarische Mehrheit. Deshalb können jetzt Volk und Stände über ein flexibles Rentenalter entscheiden. Die Delegierten der EVP haben dabei der Flexibilisierung eine klare Priorität vor der Frage der Finanzierung eingeräumt, wie das Abstimmungsverhältnis von 73 zu 13 Stimmen an der Delegiertenversammlung in Schaffhausen zeigt.

Über die finanziellen Auswirkungen kann keine abschliessende Antwort gegeben werden. Es hängt sehr davon ab, wer wirklich vor Erreichung des 65. Altersjahres Rentnerin oder Rentner werden will. Die AHV-Initiative fordert nicht zum früheren Ausstieg aus der beruflichen Tätigkeit auf. Sie will vielmehr den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmenden Rechnung tragen. Das ist sinnvoll.

ANZEIGE ERSTATTEN BIS ZUM 33. ALTERSJAHR

Die EVP lehnt die Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern ab. Ein Gegenvorschlag hat das Anliegen bereits aufgenommen.

(nh). Die Initiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» verlangt, dass sexuelle Straftaten an Kindern nie verjähren sollen. Die EVP lehnt die Initiative ab, weil unbeschränkte Verjährungsfristen in der Praxis für Probleme sorgen: Zum einen ist es nach 30 Jahren kaum mehr möglich, rechtlich einwandfrei festzustellen, was wirklich passiert ist. Zum andern ist auch den Opfern kaum geholfen, wenn nie ein Schlussstrich gezogen werden kann.

Weil es sich aber um besonders schwere Straftaten handelt und das Anliegen der Initiative berechtigt ist, hat EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH) in der vorbereitenden Kommission und im Parlament dem Gegenvorschlag des Bundesrates zum Durchbruch verholfen: Neu beginnt die 15-jährige Verjährungsfrist nicht ab dem Zeitpunkt der Tat zu laufen, sondern erst wenn das Opfer die Volljährigkeit erreicht hat. Opfer von pornografischen oder sexuellen Straftaten

im Kindesalter können damit bis zu ihrem 33. Altersjahr Anzeige erstatten. Dieser Gegenvorschlag nimmt die Anliegen der Initiative auf und verträgt sich mit den Grundzügen des schweizerischen Verjährungsrechts.

Anzeige

www.livenet.ch
...erfrischt!
News • Agenda • Adressen
Jobs • Forum • Webhosting
... am Puls der Zeit!
www.livenet.ch
Unser Tipp:
Top-Newsletter
Aktuelle News und geistliche Impulse
Livenet.ch – für engagierte Christen
Jesus.ch – für am Glauben Interessierte

SCHUTZ VON UMWELT UND NATUR

Das Verbandsbeschwerderecht bewährt sich seit 50 Jahren zur Durchsetzung des Umweltrechts. Es darf auf keinen Fall geschwächt werden, wie es die FDP-Initiative will.

(nh). Die Volksinitiative des Zürcher Freisinns zur Schwächung des Verbandsbeschwerderechts ist im Nachgang des Streits um das neue Zürcher Fussballstadion entstanden. Heute können Umweltorganisationen gegen grössere Bauvorhaben Beschwerde erheben, wenn diese die Umweltgesetze verletzen. Die Initiative will dieses Recht aushebeln, wenn es um Bauvorhaben geht, die auf Volks- oder Parlamentsentscheiden beruhen. Sie wird von der EVP abgelehnt, weil es sich beim Verbandsbeschwerderecht um ein effizientes und kostengünstiges Instrument zum Vollzug des Umweltrechts handelt, dass sich mehr als bewährt hat.

Mit dem Verbandsbeschwerderecht können vermutete Verstösse gegen das geltende Umweltrecht angemeldet werden. Anschliessend beurteilt ein Gericht die Beschwerde und verfügt allenfalls Anpassun-

gen am Bauprojekt. In über zwei Dritteln der Fälle stellen die Gerichte Verletzungen des Umweltrechts fest und heissen die Beschwerde gut. Diese Zahlen sprechen für sich: ohne Beschwerde wäre gegen das Recht verstossen worden. Private, rein baurechtliche Einsprachen machen übrigens mit über 95 Prozent klar den Löwenanteil von Einsprachen bei Bauprojekten aus.

Auch das Stimmvolk muss sich an Umweltgesetze halten

Die Initiative krankt zudem an einer grundsätzlichen Fehlüberlegung: nur weil die Stimmberechtigten in den Kantonen oder Gemeinden Ja zu einem Bauprojekt sagen und beispielsweise einem entsprechenden Kredit zustimmen, darf sich das Bauprojekt doch nicht über das geltende Umweltrecht des Bundes hinwegsetzen! In einem Rechtsstaat müssen sich auch Souverän-

Parlament und Gemeindeversammlungen an die Gesetze halten. Dass die Initiative dieses Prinzip relativieren will, ist überaus bedenklich. Sie ist billiger Populismus auf Kosten der Natur und Umwelt und wird mittlerweile auch von der FDP längst nicht so geschlossen mitgetragen, wie es sich die Initianten um Doris Fiala wünschen würden.

Für EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH) ist klar: man haut den Sack und meint den Esel. «Eigentlich wollen die Promotoren der Initiative die Umweltgesetze abschaffen oder schwächen. Weil man sich das nicht traut und es politisch überhaupt nicht mehrheitsfähig wäre, will man die Umsetzung des Umweltrechts schwächen.» Weil das Verbandsbeschwerderecht Umwelt und Natur schützt, darf es auf keinen Fall geschwächt werden. Die EVP empfiehlt deshalb die Initiative mit Entschiedenheit zur Ablehnung.



Tatbeweis genügt

EVP-Präsident Heiner Studer ist mit seiner Zivildienstmotion am Ziel. Ab April 2009 reicht der Tatbeweis – die Bereitschaft zu einem anderthalb mal so langen Zivildienst – aus und auf die Gewissensprüfung wird verzichtet. Diese Lösung ist einfacher, billiger und wird den Zivildienstwilligen besser gerecht.

Aeschbacher wehrt sich gegen Dignitas

Mit der EVP Bezirk Hinwil wehrt sich Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) vehement gegen die Niederlassung von Dignitas im Zürcher Oberland. Im Nationalrat will er den Fächer weit öffnen für Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf, welche den Handlungsbedarf erkannt hat: er ergänzt seine Vorstösse für ein Verbot des Sterbetourismus und ein Verbot der Suizidbeihilfe generell mit einer parlamentarischen Initiative, mit der er die Suizidbeihilfe nur dann erlauben will, wenn dabei absolut kein Geld fliesst. So kann das gewerbemässige Gebaren von Dignitas unterbunden werden.

Ethische Kriterien für Firmen

Die EVP schlägt in der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen die Einführung eines Ethikratings vor. Damit sollen nur noch Firmen zu Ausschreibungen zugelassen werden, die ein Mindestmass an ethischen Kriterien erfüllen wie Ausbildungsplätze oder den Einsatz von nachhaltigen Produkten im Betrieb. Allerdings ist es schwierig, dieses Ansinnen in Einklang mit den Regeln der WTO zu bringen.

AUS DER VERSCHULDUNG IN DIE FREIHEIT

Aktueller, als uns lieb ist: die Bettagskonferenz der EVP unter dem Titel «Verschuldung: Wege in die Freiheit».

(nh). Die 4. Bettagskonferenz der EVP vom 20. September in Olten zum Thema «Verschuldung: Wege in die Freiheit» war von erschreckender Aktualität. Zum Einstieg zeichnete Prof. Prabhu Gupta die globale Kultur des Schuldenmachens von den biblischen Gesellschaften bis in die Neuzeit nach. Peter Siegenthaler, Direktor der eidgenössischen Finanzverwaltung, ortete drei Gründe für die massive Neuverschuldung des Bundes in den neunziger Jahren: Defizite in den laufenden Rechnungen, Altlasten und ausserordentliche Ausgaben (vor allem Ausfinanzierung der

Pensionskassen des Bundes) sowie Darlehen an die NEAT und die Arbeitslosenversicherung. Schuldenberater Martin von Känel forderte die Förderung von Schuldenberatungsstellen durch Abgaben der Kreditindustrie, mehr Präventionsarbeit an Schulen und die Quellenbesteuerung sobald Steuerausstände vorliegen. Schliesslich beleuchtete Pfarrer Geri Keller den Weg von persönlicher Schuld zu innerer Freiheit durch Gottes Kraft der Vergebung, bevor EVP-Stadträtin Maja Ingold aus Winterthur Forderungen für die politische Arbeit auf christlicher Grundlage zog.

Bereits im Herbst 2007 haben die EVP-Nationalräte 8 Vorstösse eingereicht für die Einschränkung von Kleinkrediten und Leasingverträgen (die oft am Anfang einer Schuldenkarriere stehen) sowie für einen Abbaupfad der Bundesschulden.

Alle Referate können heruntergeladen werden unter www.evpppev.ch > Termine > Berichte von Veranstaltungen der EVP > Bettagskonferenz.



Peter Siegenthaler warnte vor einer unseriösen Finanzpolitik.

KOPFJÄGEREI DER SVP

Forschung am Menschen, Rüstungsprogramm, Passivrauchschutz: die EVP-Schwerpunkte der Herbstsession des Nationalrates im Überblick.

(rae/wd/nh). Beim **Verfassungsartikel «Forschung am Menschen»** will Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) den Schutz von Menschenwürde und Persönlichkeit stärker gewichten als die Forschungsfreiheit. Seine Einzelanträge finden leider keine Mehrheit, machen Aeschbacher für die Mittellandzeitung aber zum «Kopf des Tages».

Die Eisenbahn gibt mehrspurig zu reden. Zunächst muss der **Neat-kredit** von 15,6 auf 19,1 Milliarden aufgestockt werden. Dann ist die **Güterverkehrsvorlage** an der Reihe. Der Alpenschutzartikel verlangt, dass die Gütertransporte möglichst auf der Schiene stattfinden. Die EVP wehrt sich vergeblich gegen die Verschiebung des Verlagerungsziels von jährlich nur noch 650 000 Lastwa-

gen von 2012 auf 2020 (zwei Jahre nach Inbetriebnahme des Gotthard-Basis-Tunnels). Erfreulicher hingegen der Entscheid für eine **Transitbörse**, welche vom Ständerat noch bestätigt werden muss.

Das **Rüstungsprogramm 2008** ist für die EVP unbestritten. Doch die SVP will kein Geld bewilligen, solange Bundesrat Schmid im Amt ist – denselben Schmid, den sie vor zehn Monaten zur Wiederwahl vorgeschlagen hat: für EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) ist das Kopfjägeri pur. Der SP passt die nötige Modernisierung der F/A-18 nicht. Der Ständerat steht hinter den für eine glaubwürdige Armee notwendigen Beschaffungen. Fortsetzung folgt...

Walter Donzé will den Bundesrat zur Einführung eines **Mindestprei-**

ses für **Zigaretten** ermächtigen – leider ohne Erfolg. So könnte verhindert werden, dass die Prävention durch Billigmarken und Tiefpreisaktionen unterlaufen wird.

Beim **Passivrauchschutz** verpasst es der Nationalrat mit nur einer Stimme Unterschied, sich der konsequenten und klaren Lösung des Ständerates anzuschliessen. Damit bleiben die unseligen und für das Gastgewerbe auch ungerechten Raucherbeizen mit weniger als 80 Quadratmetern weiterhin möglich.

Eine weitere **Unternehmenssteuerreform** soll aufgegleist werden. Für die EVP sind nun aber die Familien an der Reihe. Eine gleichzeitige Entlastung von Familien und Firmen liege nicht drin, betont EVP-Präsident Heiner Studer.

Unter dem Titel «Freie Sicht» hat die *jev im Dezember 2006 eine **Petition gegen sexistische Werbung** mit 17 745 Unterschriften eingereicht. Das Parlament lehnt eine gleichlautenden parlamentarische Initiative von Heiner Studer ab.

Kein Geschäft mit dem Tod!

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) will das Geschäft mit dem Tod unterbinden und die Beihilfe zum Suizid nur dann für straffrei erklären, wenn sie absolut unentgeltlich erfolgt.

UEFA wie normale Firma besteuern

Mit einer zweiten parlamentarischen Initiative will Aeschbacher das Steuerrecht so anpassen, dass die UEFA ihre Gewinne aus rein kommerzieller Tätigkeit ganz normal versteuern muss.

Gegen Bittelones

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) fragt in einer Interpellation nach der Strategie des Bundes gegen Massenbesäufnisse. Donzé will die Abwehr solcher Exzesse koordinieren.

Anzeige

Abschalten und Auftanken. Was liegt näher.



Lihn

Der Tagungsort, der auch Feriengäste verwöhnt.

- Seminarhotel 50 Minuten von Zürich, für Gruppen, Familien und Einzelgäste
- Traumhaft über dem Walensee mit See- und Bergsicht
- Professionelle, vielfältige Seminarinfrastruktur
- Alkoholfreie Gastlichkeit und ausgezeichnete Küche mit Goût-Mieux-Label
- Idealer Ausgangspunkt für Wanderungen, ins Heidiland und zur nahen Rodelbahn
- Sport und Spass vor der Haustüre, Streichelzoo, Spielplatz mit Riesentrampolin
- Heidi-Kinderzimmer, Töggelikasten, Tischtennis
- Nah bei den Flumserbergen für Wintersport
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Nichts wie Lihn.

Lihn Ferien und Seminare | 8757 Filzbach über dem Walensee | Telefon 055 614 64 64
www.lihn.ch

Seebüel



Das Ferienidyll, das auch Seminargäste geniessen.

- Ferien für Einzelgäste, Familien, Gruppen und Menschen mit Behinderung
- Einmalig ruhige Lage direkt am Davoser See
- Café am See mit Panorama-Terrasse
- Alkoholfreie Gastlichkeit und kreative Küche zum Geniessen
- Mehrzwecksaal und gemütliche Aufenthalts-/Gruppenräume, Spielzimmer
- Kinderspielplatz, Grillplatz, hoteleigenes Ruderboot
- Gratis Bergbahnen im Sommer
- Schneesicher im Winter
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Auf nach Davos.

Seebüel Ferien und Seminare | 7265 Davos Wolfgang | Telefon 081 416 31 17
www.seebuel.ch

HEIDLAND

Goût Mieux

Blauer Kreuz

DAVOS

vepHOTELS

Blauer Kreuz

Mundart im Kindergarten

Im Kanton Zürich sammelt die EVP Unterschriften für die Mundart im Kindergarten. Das überparteiliche Initiativkomitee wird von EVP-Kantonsrat Thomas Ziegler präsidiert.

Kampf den kalten Betten

Die EVP Graubünden hat in Davos eine Initiative zur Limitierung des Zweitwohnungsbaus lanciert.

Neue Ortsgruppe in Urtenen-Schönbühl

Am 12. September ist mit der EVP Urtenen-Schönbühl die 51. Ortsgruppe der EVP Kanton Bern gegründet worden. Präsident ist Lukas Nyffenegger.

EVP SO: Wahlauftritt

Die EVP Kanton Solothurn rüstet sich mit den 4 Schwerpunkten Starke Familien, Gute Schulen, Nachhaltige Integration und Gesunde Umwelt für die Kantonsratswahlen 2009.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)
15. Jahrgang, Nummer 4, November 2008
 Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
 EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
 EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
 Postfach 3467, 8021 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
 Joel Blunier, Niklaus Hari, Manfred Kiener, Hanspeter Schmutz, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
 Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
 Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

SITZVERLUST IN BASEL

Die EVP verliert wegen der Ratsverkleinerung zwei Mandate im Basler Grossrat und kann im Kanton Schaffhausen vorerst nicht vom neuen Wahlsystem profitieren.

(nh). Am 14. September wurde der Basler Grossrat neu gewählt und gleichzeitig von 130 auf 100 Sitze verkleinert. Die EVP kann ihren Stimmenanteil halten, verliert aufgrund dieser Ausgangslage aber zwei Mandate im kantonalen Parlament: Dieter Stohrer und Urs Joerg werden nach 5 bzw. 3 Jahren nicht mehr wiedergewählt. Die übrigen Bisherigen Annemarie von Bidder-

Kleiner, Christoph Wydler, Heinrich Ueberwasser und Annemarie Pfeifer werden im Amt bestätigt.

Bei den Schaffhauser Kantonsratswahlen kann die EVP vorerst nicht vom neuen Wahlsystem und der erstmaligen Teilnahme in den Wahlkreisen Klettgau, Neuhausen und Reiat profitieren. Der bisherige EVP-Kantonsrat Rainer Schmidig wird wiedergewählt.

EVP KANTON BERN

NEUER PRÄSIDENT

Der Grossrat Gerhard Baumgartner aus Ostermundigen ist neuer Präsident der EVP Kanton Bern.

(nh). Die EVP Kanton Bern hat mit Gerhard Baumgartner einen neuen Präsidenten. Nach der Demission von Heinz Dätwyler war das Kantonalpräsidium längere Zeit vakant.

Dem frisch gewählten Parteipräsidenten ist es wichtig, dass sich die EVP als Partei der Mitte mit christlichen Werten in Politik und Gesellschaft einbringt und sich als Volkspartei mit einem breiten Spektrum an Meinungen etabliert.

Gerhard Baumgartner ist seit 2000 im Grossrat und seit 1983 in den verschiedensten Ämtern für die

EVP aktiv. Er leitet das regionale Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz in Ostermundigen, ist verheiratet mit Christine und hat drei erwachsene Kinder.



TERMINE

- 8. November 2008 EVP Frauen Schweiz, Aarau: Tagung «Stopp dem Frauenhandel»
- 30. November 2008 Volksabstimmung
- 6. Dezember 2008 EVP Schweiz, Aarau: Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 16. bis 18. Januar 09 *jevpe Schweiz, Flumserberg-Tannenheim: Schneewochenende und Mitgliederversammlung
- 24. Januar 2009 EVP Schweiz, Zürich: Fachtagung Islam
- 8. Februar 2009 Volksabstimmung

St.Galler Gemeindevahlen mit Gewinn

In der Stadt St.Gallen werden die beiden bisherigen Walter Möri-Sommer und Michaela Hänggi-Graber bestätigt. In Wil SG ist die EVP mit Peter Hauser nach vier Jahren neu wieder im Gemeindeparlament vertreten.

Sitzgewinn in Biel

Die EVP ist neu mit 3 Mandaten im Stadtparlament von Biel vertreten: zu den beiden Bisherigen Christian Löffel und Paul Blösch gesellt sich Franziska Molina.

Hugentobler gewählt

In Pfäffikon ZH wird Gemeinderat Hanspeter Hugentobler in einer Kampfwahl glänzend mit einer Zweidrittelmehrheit als Schulpflegepräsident gewählt.

Neue EVP-Köpfe in Gemeinderäten

Kreuzlingen: André Troll rückt für Andreas Haueter in den Gemeinderat von Kreuzlingen nach.
Windisch: Kurt Häfliger gibt sein Mandat im Einwohnerrat von Windisch an Ruedi Kümin weiter.
Dübendorf: Thomas Stalder rückt für Eliane Lutz in den Gemeinderat von Dübendorf nach.
Zürich: Martin Mächler ersetzt Katrin Schönenberger im Gemeinderat der Stadt Zürich.

*jevpe in Wädenswil

Nach dem Rücktritt von Gernot Schreiber stellt die EVP im Wädenswiler Gemeinderat eine regelrechte *jevpe-Fraktion: Tobias Mani (32), Matthias Haab (29) und Rahel Sonderegger (24, neu) kommen gemeinsam auf einen Altersdurchschnitt von 28.

Wechsel im Aargau

Urs Wieland löst Stefan Linder als Präsident der EVP Buchs ab; Berta Hübscher ersetzt Ueli Zweifel im Präsidium der Bezirkspartei Bremgarten.

Gestaltungsrichtlinien akzente

Einsatz von Kasten:

- für Kommentare
- für zusätzliche Infos

Satz:

- Lauftext immer Blocksatz
- Kasten immer Flattersatz

Schriftarten:

- Lauftext immer Minion
- Kasten immer Frutiger

Schriftschnitt im Kasten:

- Kommentare kursiv
- zusätzliche Infos normal

Schriftgrößen:

- Titelgrößen 3-spaltig: 36 Punkt
- Titelgrößen 2-spaltig: 24 Punkt

Kurzmeldungen:

- im Kasten
- Schrift Frutiger, Schnitt normal
- Flattersatz

Umfänge:

- Kommentar Front: 1300 Zeichen
- Editorial: 1500 Zeichen
- Salzstreuer: 1500 Zeichen
- Interview ganze Seite: 4000 Zeichen
- Artikel dreispaltig: 3000 Zeichen
- ' Faustregel: Pro Spalte 1000 Zeichen, dann haben Fotos noch Platz.

Positionen:

- Spaltenbreite 47.7
- 1. Spalte: -51.353
- 2. Spalte: -0.353
- 3. Spalte: 50.647
- 4. Spalte: 101.647

Kasten:

- Spaltenbreite: 46.35
- Spaltenbreite 2-spaltig: 97.35
- Spaltenbreite 3-spaltig: 148.35
- 1. Spalte: -50.647
- 2. Spalte: 0.353
- 3. Spalte: 51.353
- 4. Spalte: 102.353